

# Die geprellten Kleinhändler und Verbraucher

Durch die verfehlten Maßnahmen der Reichsbank am Devisenmarkt, vor allem aber durch die mangelhafte Durchführung der Stabilisationsaktion, ist es dahin gekommen, daß Deutschland wieder unter einer Valutablockade schwerster Art steht. Zustände, wie sie heute infolge der Dollarsteigerung vorhanden sind, gab es früher auch. Nicht so sehr die Tatsache, daß der Dollar plötzlich in die Höhe geschossen ist, hat den allgemeinen Wirtschaftsmarkt, die endlosen und sprunghaften Preissteigerungen und die wachsende Unruhe in den Betrieben wegen der ungenügenden Rohstoffzufuhr herbeigeführt, als vielmehr der Umstand, daß heute der Dollarkurs sich viel stärker

hat, wie sie ihn ohne Vorbereitung einführt, hat, mindestens solange wie Preissteigerungen erfolgen, der Einheitskurs nur einen ansehnlichen Wert. Auch jetzt kann Auslandsware, die billiger ist als deutsche Ware, nicht ohne weiteres mit den inländischen Preisforderungen konkurrieren, weil eben zu den amtlichen Kursen nicht genügend Devisen erhältlich sind. Die Folge davon ist, daß die Preisbildung im Inland sich nahezu unabhängig von der des Auslandes vollzieht, und daß, wo das, wie z. B. am Getreidemarkt, nicht schon geschehen ist, die

gegen die Schwächen der Schwächen, Konsumenten, Arbeiter und sonstige auf die Papiermarkt Angehörigen wenden, während früher sich das Risiko der Wertentwertung auf eine ganze Reihe von Gliedern der Produktion verteilte. Man denke an den Marktzug Anfang Februar 1920 oder an die katastrophale Entwertung der Mark anlässlich des Weltkriegs; immerhin war damals noch in der Volkswirtschaft ein erheblicher Teil, der auf die Marktwirtschaft eingewirkt war. Die Großhandelspreise konnten teilweise infolge der behördlichen Maßnahmen nur allmählich dem Dollar folgen, die Kleinhandelspreise hingegen markierten noch in weiterem Abstand hinter den Großhandelspreisen. Bis die letzten am Dollarstand angelangt waren, verstrich geraume Zeit, die es immerhin ermöglichte, sich auf den neuen Wert der Mark einzustellen. Zwar erlitt schon damals die Arbeiterschaft in den Zeiten des Marktzuges große Einbußen an Kaufkraft, und ebenso war die Tendenz zu beobachten, daß bei jeder neuen Dollarsteigerung die Warenbesitzer ihre Bestände zu verkaufen suchten, während die Nachfrage der Verbraucher nach Waren aller Art katastrophal fiel. Heute aber, wo ein Bestehen auf der Papiermarkt nur für wenige Stunden genügt, um ihre Kaufkraft auf die Hälfte und noch weniger entwertet zu sehen, haben sich die Wirkungen der Devisenkaufe auf dem Warenmarkt übersteigert. Alles sucht aus der Papiermarkt herauszukommen, weil Produzenten und Großhändler so gut wie überall Goldpreise nehmen und woher auch immer ihre Preisbildung fast stündlich verändert, so daß schließlich

inländischen Vorkaufspreise weit über die Weltmarktpreise hinausgehen. Das ergibt nicht nur eine ungeheure Belastung der Verbraucher, es ist auch eine große Gefahr für die industrielle Produktion, die gegenüber dem Ausland Konkurrenzunfähigkeit werden muß, nachdem der Inlandmarkt mit dem Sinken des Reallohnes immer weniger Ware aufnehmen vermag. Stilllegungen von Industriezweigen und damit eine steigende Arbeitslosigkeit sind kaum unvermeidlich. Wir nähern uns in dieser Beziehung immer mehr den Verhältnissen, die in Oesterreich unmittelbar vor der Internationalisierung der Krone eingetreten waren und wo die Senkung des Kronenkurses die industrielle Produktion nicht mehr anzuregen vermochte. Nur müßten die Folgerückwirkungen in Deutschland verhängnisvoller sein, weil hier der Anteil der Arbeiterschaft und der Industrie an der Volkswirtschaft überhaupt erheblich größer ist als in dem wichtiger Industrie bereaubten Rumpfstaat Oesterreich. Alle diese Wirkungen der Valutablockade zwingen zu dem unabweisbaren Schluß, daß

die Folgen des Marktzuges ausschließlich am Kleinhandel und an den Verbrauchern hängen bleiben. Es ist nun der denkbar größte Fehler, den man machen kann, den Kodeskampf der Mark noch dadurch zu erschweren, daß man sich in der Bekämpfung des Währungsfehlers falscher Mittel bedient. Wenn, wie es jetzt in Berlin geschieht, die Kleinhändler streiken, um von der Regierung neben der Bekämpfung der Währungsverfälschung auch das Recht zu erhalten, Devisen in Zahlung zu nehmen, so heißt das nichts anderes, als das Uebel vergrößern. Der Kleinhandel fühlt sich benachteiligt und niemand wird ihm das Recht bestreiten können, ebenfalls Goldpreise zu fordern, wenn er diese bezahlen muß, aber unter der einzigen Voraussetzung, daß es erst einmal Goldlöcher gibt!

Der Übergang zu einer neuen Währung mit aller Kraft beschleunigt und vorbereitet werden muß. Die Goldanleihe des Reiches ist der erste Schritt. Aber nur ein Schritt. Viel wesentlicher wird es noch darauf ankommen, dafür zu sorgen, daß dieser Weg mit aller Entschiedenheit zu Ende gegangen wird. Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wollte man auf die Wiederherstellung der Papiermarkt, auch nur als Zahlungsmittel, in demselben Augenblick hoffen, wie sie als Teilnehmer den Todesstoß erhalten hat und wo sie als Geld im Ausland so gut wie nicht mehr anerkannt, im Inland in irgendeiner Weise zurückgewiesen wird. Die Goldanleihe wird fraglos in absehbarer Zeit als Geld in Umlauf kommen. Es ist nichts mehr als begründet, wenn man verlangt, daß dieser Geld so bald als möglich von einem echten Geld abgelöst wird. Dazu bedarf es aber nicht nur der umfassenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanz- und Arbeitswirtschaft, die die Sozialdemokratie gefordert hat und die leider nur viel zu spät von der Regierung zu einem großen Teil anerkannt wurden, sondern es bedarf auch eines

Wendels im Einklang unserer ganzen Geldpolitik, an dem diejenigen Güter der Währung nicht mehr teilnehmen können, die den Dollar von 420 auf über 4 Millionen Papiermarkt heraufgehoben liegen, ohne rechtzeitig und kraftvoll gegen diese Entwertung anzukämpfen.

Der Kampf im Steuerausgleich  
Die Steuerausgleichung begann mit einem Aufschub, der abermals blühend die katastrophale Situation, zugleich aber auch die ungeheure Schuld der bisherigen Finanz- und Steuerpolitik erschle. Die Deutsche Volkspartei klug vor, von Industrie und Landwirtschaft eine Naturalabgabe zu erheben, um dem Reich eine Grundlage für ein neues, weitestgehendes Zahlungsmittel zu geben. Die Einsicht dominiert den bürgerlichen Parteien, daß eine großzügige Finanz- und Währungsreform jenseit kommen muß. Diese Einsicht ist das größte Verdienst gegen die bisherige Geldpolitik der bürgerlichen Parteien und der Regierung in Finanztagen. Welcher Unterschied zwischen den bürgerlichen Klagen von Helfferich darüber, daß mit allen Mitteln ein Abstreifen der Währung verhindert werden müsse, daß eine Aufnahmehaltung gebaut werden müsse, daß das Volk in der größten Gefahr schwebt, wenn die Mark aufhöre, Geld zu sein, und der Erörterung, mit der er früher alle Reformvorwürfe der Sozialdemokratie befaßt hat.

Das im andern Falle sagt er den Akt ab, auf dem er sich. Schon heute ist es dem Arbeiter unmöglich, einen Anzug, ein Paar Stiefel, ja selbst ein Hemd zu kaufen. Wenn die Zustände so bleiben wie jetzt, so werden die Läden des Einzelhandels bald vereinsamen und die Händler werden ihre Ware selbst verkaufen müssen. Daß sich schließlich das ganze Volk gegen diese Wirkung der Steuerung aufhäuft, weil es Waren braucht, ist gewiß nicht Schuld des Kleinhandels, der noch nicht begriffen hat, daß eine Vernichtung der Kaufkraft seiner Kunden gleichzeitig die Vernichtung zahlloser Existenzen bedeutet, die jetzt Warenhandel betreiben und daß diese um nichts weniger gefährlich sein wird als die Wirkungen von Übergriffen, die vielleicht hier und da bei der Währungsverfälschung vorzukommen und die sich durch die maßlose Verwirrung aller Verhältnisse von Preisen und Preisbildung mehr als ausnehmend erklären lassen. Will der Handel wirklich etwas erreichen, so gehört er

zu einer Einheitsfront mit den Arbeitnehmern für die Bekämpfung einer Senkung der Währung durch rückwärtsgehende Maßnahmen auf allen Gebieten der Staats-, Kredit- und Lebenspolitik. Die falsche Politik der Händler ist nur eine Begleiterscheinung der Deklassierung des Warenmarktes, deren Gefahr mit jedem Tage steigt. Da die Reichsbank den Einheitskurs ebenso ohne die notwendigen Vorbereitungen aufgehoben

erhöhten Gehälter von 5000 M. nachholen. Am 25. August endet auch hierzu die Gelesenheit. Der Vorstand der Volkshilfe (siehe Seite 1) hat nach den Neuheiten folgende Maßnahmen annehmen: Vorsitzender Professor Dr. Leuschke; Stellvertreter Schriftsteller Wolfgang Schumann; Geschäftsführer Dramaturg W. Reitelmann; Stellvertreter Gewerkschaftssekretär August Krause; Schriftführer Städt. Rat Finkert; Stellvertreter Stadtkreisverordneter Krill; weitere Mitglieder Robateur Edgar Bahne und Stadtrat Dr. Tempel (als Vertreter des Reichs). Den Ausschuss bilden: Schriftsteller Professor Geier, Professor Richter, Dr. Felix Zimmermann, Eugen Dori und Prof. Dr. Göttsch. Durch die Verbindung der Dresdner Volkshilfe mit dem neuen Theater, der Arbeitergemeinschaft bisheriger Mitglieder des Albert-Theaters, das am 6. September seine Vorstellungen im großen Saale der Kaufmannschaft beginnt, wird den Mitgliedern neben den Staatstheaterern vermehrter Besuch gelegener Schauspielaufführungen ermöglicht.

kleine Mitteilungen  
Das staatliche Bauhaus Weimar wird in der Zeit vom 15. August bis 30. September zum erstenmal nach vierjährigem Verlassen der Resultate der in diesen Jahren geleisteten Arbeit der Öffentlichkeit zeigen. Die Fests, auf der es gegründet wurde, hat die Ablehnung der Methode der alten Kunstgewerbe- und Kunstschulen und eine Neuorientierung, die bei gleich starker Betonung des technischen und handwerklichen und künstlerischen Rahmens einen neuen Typ hochqualifizierter Arbeitskräfte für die neuzeitliche Industrie aufzuweisen will. Die Ausstellung bringt eine Übersicht der Werkstattarbeit: Tischerei, Holz- und Steinbildhauerei, Wandmalerei, Glas- und Metallwerkstatt, Töpferei, Weberei, Druckerei, Architekturbüreau. Die Werkstätten sind vereint tätig gewesen (in Gemeinschaft mit Firmen der Bauindustrie) bei dem Bau und der Ausstattung eines Einfamilienhauses am Park, oberhalb von Goethes Gartenhaus. Das Haus ist mit allen modernen bürgerlichen und technisch-architektonischen Einrichtungen versehen, wobei zugleich mit größtmöglicher Ökonomie des Materials vorgegangen. Außer diesen in hohem Maße beachtenswerten, praktisch-erzeugnissen der Bauhandwerkstätten werden Studienarbeiten, malerische und plastische Einzelwerke der Meister, Gesellen und Lehrlinge des Bauhauses und eine internationale Architekturausstellung gezeigt.

Der Kampf im Steuerausgleich  
Für ihn und seine Freunde ist eine Belastung von 6 Goldmark pro Hektar in 6 Monaten das Neuhörte, was sie angestehen wollen. Sein „Anmählich“ rief eine Abrechnung des Gläubigers Herr mit dem Gebot der Landwirtschaft herbei. Unter dem Eindruck der entscheidenden Stellung der sozialdemokratischen Vertreter unternehmen es schließlich Herr Helfferich, einen Kompromissvorschlag zu machen. Er hat eine Belastung von 7,5 Goldmark in 6 Monaten an und wozu um die Zustimmung unserer Genossen. Da es zu keiner Verständigung kam, wurde die Frage schließlich wieder einem Unter Ausschuss überwiesen.

Die Haltung der Vertreter der Landwirtschaft ist bezeichnend für unsere gesamte soziale Situation. Die Landwirtschaft verfährt über die soziale und wirtschaftliche Position. Sie ist in der Lage, ihre Existenz zu behaupten, wenn andere Stellungen in Industrie und Handel längst zusammenbrechen. Statt in der allgemeinen Notlage Opfer zu bringen, die sie leicht tragen kann, bemüht sie ihre Monopolstellung, um so wenig als möglich für die Gesamtheit zu geben.

## Die Münchner Post verboten

München, 11. August (Eig. Drahtbericht)  
Das Verbot der Münchner Post hat in den Zeitungsbetrieben Münchens allgemeine Erregung hervorgerufen. Am Sonnabend mittig begab sich eine Abordnung der Organisation der Münchner Zeitungsbetriebe zum Polizeipräsidenten und wies dabei auf die unerhörte Härte eines achtjährigen Verbotes hin. Dem Polizeipräsidenten wurde ferner kein Zweifel darüber gelassen, daß seine Unterdrückung der Münchner Post auch das Erscheinen der übrigen Zeitungen Münchens in Frage stelle. Gleichzeitig wurde die Redaktion der Münchner Post bei der Polizeidirektion vorstellig und gab schriftlich die Erklärung ab, daß die Aufnahme der inkriminierten Mitteilung lediglich auf einem technischen Versehen beruhe. Für die Zukunft, wenigstens so lange die Notverordnung in Kraft sei, sei Vorkehrung getroffen, daß ein

solches Versehen nicht mehr vorkomme. Daraufhin sah sich der Polizeipräsident veranlaßt, die Dauer des Verbotes der Münchner Post um fünf Tage abzufürzen. Die Münchner Post wird also am Dienstag den 14. August wieder erscheinen.

Während die Mitteilung der Münchner Post über die Soldatenkasseler in Kempten als Verleumdung für den Feind betrachtet und unser Parteiblatt dafür mit einer schweren Strafe belegt wurde, darf der bürgerliche Beobachter in seiner Sonnabendausgabe ungefragt eingehende Mitteilungen über die rechtsradikale Organisation „Reichsflagge“ machen, aus denen klar hervorgeht, daß die „Reichsflagge“ eine private Organisation mit ausgeprochen militärischen Zielen ist. Aus dem langen Propagandabüchlein erfährt man, daß die Münchner „Reichsflagge“ ein militärisch georganisierter und streng disziplinierter Verband ist, dessen Mitglieder einheitliche Uniform tragen und in Kompanien und Sturmbattaljonen eingeteilt sind, die aller 14 Tage Appell haben. Da die Annahmen zur Zeit sehr zahlreich sind, werden auch außerhalb Münchens in ganz Südwesten Reichsflaggen-Kompanien aufgestellt. In einer kürzlich stattgefundenen Zusammenkunft eines Soldatenvereins in Wiesbaden schloß die „Reichsflagge“ München einen 40 Mann starken Zug, der die Sicherung der Ordnung gegen rote Störenfriede“ übernimmt. Außerdem kopieren die Abteilungen vor dem anzuweisenden Kringsen Kifons, der die Truppe schon von München her kennt, einen Paradenmarsch.

## Die Aktion der Buchdrucker

München, 11. August (Eig. Drahtbericht)  
In einer hart besetzten Versammlung der Münchner Buchdrucker wurde mit allen gegen 6 Stimmen beschlossen, die bürgerlichen Zeitungsbetriebe Münchens stillzulegen, solange die Polizeidirektion das Erscheinen der sozialdemokratischen Presse verhindert. Von der Stilllegung sind grundsätzlich ausgenommen die Druckereien der Buch- und Zeitschriftenverlage und die Notendruckereien. Auf Grund dieses Beschlusses erscheinen in München am Montag keine Zeitungen. Die Buchdrucker erklären gleichzeitig, daß in ihrem Besatz lediglich die Stappe des Kampfes zu erblicken sei, den sie zu führen gewillt seien gegen die ansonsten maßlose Drangsalierung der Arbeiterschaft und Arbeiterpresse durch die bayerische Regierung.

## Die Erwerbslosenunterstützung wertbeständig

Berlin, 12. August. Eine Regierungsvorlage in diesem Sinne hat den Reichstag beschäftigt und geht dem Reichstag zu, daß der Gesetz wird in diesen Tagen beschlossen werden. Als Grundlage dient die Übergangsfrist für die Woche vom 8. bis 14. August. Es soll möglicherweise die Einstellung erfolgen. Nach dem jetzigen Stande wird danach ein monatlicher Erwerbsloser mit eigenem Haushalte bei einer Übergangsfrist von 140 bis eine Tagesunterstützung von 25 000 M. bekommen, die anderen Kategorien entsprechend.

## Wertbeständige Tarife

Bei der Post und bei der Eisenbahn wird die Wertbeständigkeit der Tarife binnen kurzem eingeführt. Bei der Eisenbahn gibt es jedoch zunächst noch eine Tarifsteigerung um 600 Prozent, also eine Verzehnfachung des Fahrpreises und der Frachten — und zwar schon am 20. August. Der Reichseisenrat hat dem zugestimmt. Rüstig sollen dann die Erhaltungsbeträge mit Hilfe eines Grundtarifs und einer Schiffsfahrzahl gebildet werden. Der Grundtarif wird zunächst unter Ausnutzung an die gegenwärtigen Spannungsverhältnisse der einzelnen Tarifklassen annähernd in der Höhe der Friedenssätze gebildet. Die Schiffsfahrzahl ändert sich jeweils so, daß die Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben erreicht wird.

Dortmund, 12. August. (Eigene Drahtmeldung)  
Auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde ist der Straßenbahnverkehr im Kreis Dortmund-Stadt und -Land von Montag den 12. bis 21. August gesperrt, und zwar wegen eines angeblichen Mientals auf den französischen Posten in Castrup.

## Der Dollar 3690 750,-

Stadt	Währung	13. August			
		18. 8.	19. 8.	10. 8.	10. 8.
Amsterdam	1 Gulden	9 1480340,0	1467860,0	1546125,0	1588975,0
Buenos Aires	1 Peso	—	1236125,0	1239075,0	1271812,5
Bombay	1 Rupee	50 604486,0	—	607315,0	—
Braunschweig	1 Mark	50 682290,0	—	685710,0	—
Breslau	1 Mark	50 687925,0	—	692475,0	—
Berlin	1 M. 100	102742,0	—	103259,0	—
Belgien	1 Franc	—	165585,0	168415,0	169575,0
Brüssel	1 Franc	—	159600,0	160400,0	161800,0
Dresden	1 M. 100	16907500,0	—	17042500,0	—
Hamburg	1 M. 100	16907500,0	—	17042500,0	—
Köln	1 M. 100	207480,0	—	208520,0	—
Leipzig	1 M. 100	674810,0	—	677090,0	—
London	1 Pfund	—	606725,0	—	611275,0
Madrid	1 Pesta	—	626650,0	—	631150,0
Moskau	1 Rubel	—	109725,0	—	110275,0
Paris	1 Franc	—	—	—	219,46
Warschau	1 Zloty	—	—	—	—

Berlin, 12. August. (Eig. Drahtm.) Am Devisenmarkt haben sich die Verhältnisse heute vorzüglich nahe gekehrt. Es herrscht allgemein wieder eine feste Zurückhaltung, die zum großen Teil durch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der unpolitischen Verhältnisse verursacht ist. Die Umsätze sind sehr gering und die Tendenz wenig verändert. Der Dollar, der zuletzt mit 3,9 Millionen Mark notiert wurde und auch nach dem höchsten Sonnabend keine weitere Veränderung gezeigt hat, wurde heute den ganzen Vormittag über zwischen 3,9 und 4,1 Millionen Mark gehandelt. Dementsprechend nannte man englische Pfunde mit 17 bis 18 Millionen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die neubeschlossenen Steuern, die zum Teil schon innerhalb der nächsten drei Tage bezahlt werden müssen, auf den Geldmarkt wesentlich verfestigend und insofern auch gültig auf die Entwicklung der Devisen einwirken müssen.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Eger und Elbe		
Wasser	11. 12. 11. 12.	
Moldau	Submelz . . . 41 fehlt	Frankfurt . . . 22 + 24
Elbe	Wittenberg . . . 84 fehlt	Meinitz . . . 23 + 24
Eger	Jungbunzlau . . . 5 + 12	Leitmeritz . . . 53 + 54
Elbe	Lauter . . . 51 + 58	Außig . . . 45 + 47
	Barbuzig . . . 85 + 82	Dresden . . . 187 + 188

Dienstag den 14. August  
nachmittags 5 Uhr  
**Z.C. wichtige Sitzung**  
im Druckereigebäude,  
Zeitinerplatz 10, Sinterhaus, 1 Treppe  
(Geldhülfe).